

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Tagespreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10.— M., im vorwärts. Für den Versand nehmen Postämter Bekundungen entgegen. Unter Drucklegung des Monatsheftes für Deutschland und Österreich 18.— M., für das übrige Ausland 24,50 M., möglichst halbes Kreuzes, per Brief für Deutschland und Österreich 26.— Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 5-2.

Die achtspaltige Kompositionelle über deren Raum kostet 5.— M., einschließlich Teuerungszuschlag. Klein Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleinanzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M., einschließlich Teuerungszuschlag. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die neuen Vorschläge in Amerika eingetroffen

In der Schwebe

Die Note an die Vereinigten Staaten, die die neuen Vorschläge der deutschen Regierung enthält, ist Sonntag nachmittags abgehandelt worden und in der Nacht in Washington angekommen. Es wird mitgeteilt, daß das Reichskabinett bei der Festsetzung des Textes vollständig einmütig gewesen ist. Der Wortlaut der Note soll erst bekanntgegeben werden, wenn Amerika die Veröffentlichung wünscht, denn es wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß die amerikanische Regierung noch einige Rückfragen zu stellen hat.

Sowie ist jedenfalls aus dem Inhalt der Note schon bekannt geworden, daß diesmal von der Festsetzung einer festen Gesamtsumme für die Wiedergutmachung abgesehen wurde; die deutschen Vorschläge sollen nur eine vorläufige Lösung des Reparationsproblems bringen, da sich die Entwicklung der deutschen Wirtschaft für mehrere Jahrzehnte nicht voraussehen lasse und deshalb nur eine Regelung für einige Jahre möglich sei. Es sollen Annuitäten festgesetzt werden, die der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands entsprechen und die auf einem bestimmten Index aufgebaut werden.

In der finanziellen Wirkung sollen diese Vorschläge weit über die hinausgehen, die von der deutschen Delegation in London vorgesehen worden waren. Sie sollen sich den Forderungen der Alliierten beträchtlich nähern. Einzelne Meldungen wollen wissen, daß schon eine gewisse Entspannung eingetreten sei, das kann sich aber nur auf den von Deutschland angebotenen Wiedergutmachungsplan beziehen, der in der französischen Presse ziemlich günstig aufgenommen worden ist, wenn er auch in Einzelheiten noch kritisiert wird. Briand hat in Sythe erklärt, daß der Plan nur eine Abschlagszahlung darstelle, aber eine solche, die annehmbar wäre, wenn für die internationale Wiederaufbaugesellschaft eine französische Leitung gewährleistet werde, und wenn ferner mit Rücksicht auf die Gefühle der beschädigten französischen Bevölkerung, die Arbeiten nicht von deutschen Arbeitern ausgeführt werden, sondern wenn sich Deutschland nur auf die Materiallieferungen beschränke.

Ob in der heutigen Reichstagsitzung die Regierung durch ihren Außenminister die Note behandeln lassen wird, erscheint noch zweifelhaft, so lange ihre Veröffentlichung noch nicht erfolgt ist. Zunächst werden auf jeden Fall die beiden Interpellationen zu dieser Frage behandelt werden, die der Unabhängigen Sozialdemokratie wird von Genossen Dittmann und die der Deutschen Nationalen von Hörsch begründet werden.

Die Note in Washington eingetroffen

Eine Kabeldepesche der Pariser Ausgabe des New Yorker Herald meldet, daß die neuen deutschen Vorschläge in Washington eingetroffen sind. Ueber ihren Inhalt wurde noch nichts mitgeteilt. Präsident Harding und Staatssekretär Hughes haben Sonnabend abend über die Note nur mit dem Senator Lodge konferiert. Den alliierten Vorschlägen wird keine Mitteilung gemacht, solange Deutschland keine Antwort erteilt wurde. Am Dienstag wird wohl die amerikanische Regierung entscheiden, ob die deutschen Vorschläge geeignet sind, den Alliierten übermitteln zu werden. Die äußerste Grenze bis zu der die amerikanische Regierung bereit ist, besteht in der Übermittlung der Vorschläge und in einer Empfehlung, sie aufmerksam zu prüfen.

Noch eine letzte Verständigungsmöglichkeit

Von den Stimmen der englischen Presse über die Konferenz der beiden Premierminister ist besonders bemerkenswert die Meinung des „Observer“. Der Korrespondent des Blattes glaubt sagen zu können, daß Briand bisher die Frage einer unbedingten Okkupation noch offen ließ, woraus er schließt, daß der Vorschlag von Sandoz durchgedrungen sei, der ein neues System zwangsweiser Eintreibung der Reparationsschuld, insbesondere die Exportkontrolle und eine Kohlenabgabe durch die Drohung mit der Okkupation des Ruhrgebietes durchsetzen wollte, während der andere Vorschlag der unbedingten Okkupation fallen gelassen sei. Jedenfalls trete immer mehr die Auffassung hervor, daß das Ergebnis der Aussprache nicht eine bedingungslose Okkupation des Ruhrgebietes sein werde, wenn unzulänglich den Pariser Drohpositionen gegenüber gleichwertige deutsche Vorschläge erfolgen. In diesem Falle unterbliebe außer der Okkupation auch das neue Pariser System von Zwangsmahnahmen, das Briand Lloyd George vorlegte, indem er dabei voraussetzte, daß eine freiwillige Ausführung der Reparation von Deutschland nicht zu erreichen sei. Lloyd George halte den bösen Willen Deutschlands nicht für endgültig erwiesen. Traglich bleibe jedoch, ob das in letzter Minute vorgelegte deutsche Angebot des Wiederaufbaues für eine Vereinigung der Atmosphäre ausreicht.

Die politischen Kreise, die die letzte Hoffnung auf die deutschen Vorschläge setzen, verfolgen die Berliner Krise mit Spannung. Es herrscht angesichts der bisherigen Berichte die Auffassung vor, ein Rücktritt Dr. Simons würde einen Erfolg der nationalsozi-

alen Rechte bedeuten und deshalb eine verheerende Wirkung ausüben. Für das Urteil Londons ist aber allein entscheidend, ob die deutsche Regierung, deren Mangel an Initiative beklagt wird, als Ergebnis der Krise zu raschen durchgreifenden Vorschlägen kommt. Ein Zeitverlust würde die tatsächlich vorhandene Chance einer gütlichen Regelung mit den Alliierten zerstören. Allerdings wäre jeglicher Vorschlag zwecklos, der nicht der politischen Lage angepaßt sei. Das bisherige Schwanken sei nur unheilvoll; nach Ablauf einiger Jahre werde die politische Lage anders aussehen, und danach müsse Deutschland handeln. Der Grundsatz Dr. Simons, das Unmögliche nicht zugesagt werden könne, wird englischerseits schon deshalb theoretisch genannt, weil alle Zukunft noch unklar sei, und daß die Regierung selbst das, was sie anbiete, nicht sicher garantieren könne.

Der Empfang der Vertreter der Regierungsparteien

Nach einer 11-Uhr-Meldung empfing das Kabinett Sonntag abend die Führer der Regierungsparteien, da diese das Kabinett hatten wissen lassen, daß sie der Regierung die Verantwortung für die neuen Gegenanschläge allein überlassen müßten, wenn die Regierung nicht Veranlassung nähme, die hinter ihr stehenden Parteien rechtzeitig zu unterrichten. Das Kabinett hatte die Vorsitzenden des Zentrums, der Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei zu sich geladen. Die Besprechung dauerte zwei Stunden.

Ein englisches Memorandum gegen neue Zwangsmahnahmen

London, 24. April.

„Observer“ meldet, daß Lloyd George ein von Asquith, Lord Robert Cecil und Barnes unterzeichnetes Memorandum überreicht worden ist, in dem er aufgefordert wird, seinen Einfluß nicht in der Richtung der Anwendung neuer Zwangsmahnahmen gegen Deutschland geltend zu machen.

Die Konferenz von Sythe

Ueber die Zusammenkunft von Lloyd George und Briand in Sythe sind eine Anzahl amtlicher Mitteilungen und privater Nachrichten herausgegeben worden. Danach haben sich die beiden Premierminister am Sonnabend früh erst miteinander „unterhalten“, die formelle Besprechung begann um 11 Uhr. Die Minister prüften die Berichte der Sachverständigen über die deutsche Wiederaufbaunote, die in der Nacht zum 22. d. M. eingegangen war. Vertelot hatte eine Denkschrift vorbereitet, in der der französische Vorschlag, um den die Verhandlungen sich drehen, im einzelnen auseinandergesetzt wird. Abends 6 Uhr 15 Minuten ging die Konferenz zu Ende. Es wurde beschlossen, daß der Oberste Rat am kommenden Sonnabend in Paris zusammentreten wird. Sollte Lloyd George durch die Streiffrage verhindert sein, London zu verlassen, wird die Konferenz in London stattfinden.

Englisch-französische Uebereinstimmung

Reuter gibt über die Vormittagsitzung folgenden Bericht aus französischer Quelle: Die Besprechung der Premierminister begann um 11 Uhr und wurde um 2 Uhr vertagt. Die Erörterung trug allgemeinen Charakter und bewies vollständige englisch-französische Uebereinstimmung über die Notwendigkeit, Deutschland zu sofortiger Zahlungseinstellung zu zwingen. Die Premierminister bemühten sich, verschiedene Gesichtspunkte richtig zu stellen, beispielsweise die Opposition gewisser britischer Liberaler und Arbeiterkreise gegen neue Sanktionen, um eine zufriedenstellende Lösung zu erreichen. Es wurde festgestellt, daß eine Besetzung des Ruhrgebietes nur zeitweise erfolgen und aufgehoben werden würde, sobald Deutschland zahlte. Sie würde also nicht den Charakter einer Annexion tragen. Die Besprechung wurde nachmittags wieder aufgenommen.

Reuters Sonderberichterstatter meldet: In der langen, nicht-formellen Nachmittagskonferenz wurde ein Beschluß nicht gefaßt. Endgültige Entscheidungen werden am 30. April bei der Zusammenkunft des Obersten Rates getroffen werden, die, wenn der Kohlenstreik dann vorüber ist, in Paris, wenn nicht, in London stattfinden wird. Wie verlautet, befinden sich beide Parteien in Uebereinstimmung. Die französischen Vorschläge wurden einstimmig gebilligt. Wenn das Ruhrgebiet besetzt wird, wird sich die britische Beteiligung daran auf einige Abteilungen Kavallerie und einige Tanks beschränken. Es wird betont, daß das Pariser Uebereinkommen sich noch in Geltung befindet. Der britische Botschafter hat aus Berlin telegraphiert, daß die deutsche Note an die Vereinigten Staaten dem amerikanischen Botschafter in Berlin Sonntag mittag eingehändigt worden ist.

Das Ergebnis von Sythe

Paris, 25. April.

Berlinax sagt im „Echo de Paris“ das Ergebnis der Beratungen von Sythe wie folgt zusammen:
1. Lloyd George habe grundsätzlich zugestimmt, daß die Besetzung des Ruhrgebietes ausgeführt werde, wenn die

Vorschläge, die Deutschland an Amerika übermitteln habe, zu keinem Einverständnis zwischen dem Reiche und den Verbündeten führten.

2. Lloyd George stimmte ferner zu, daß ohne abzuwarten, die französischen und englischen wirtschaftlichen Sachverständigen zusammenzutreten, um die wirtschaftlichen Maßnahmen, die von den französischen Sachverständigen ausgearbeitet wurden, zu prüfen.

Berlinax sagt, weder Lloyd George, noch seine Mitarbeiter hätten genügend Zeit gehabt, sie zu lesen. Sie hätten also noch ihre vollkommene Handlungsfreiheit. Dieser Punkt sei umso wichtiger, als die Engländer sich Frankreich zu einer militärischen Expedition erst anbieten wollten, wenn die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme ihrem Urteil unterbreitet und in praktischer Weise gelöst seien.

Nach Sauerwein ist auch Lloyd George die Besetzung von Hamburg vorgeschlagen worden. Aber Berlinax glaubt, daß die Frage der Beschlagnahme der Zölle für die Seetransporte erst in der Zukunft in Frage käme.

Philippe Millet berichtet im Petit Parisien aus London, es handele sich bei dem, was gestern in Sythe besprochen wurde, nur um eine bedingungsweise Verständigung. Das britische Einverständnis scheine tatsächlich von zwei Bedingungen abzuhängen: 1. daß die neuen deutschen Vorschläge ebenso wenig befriedigten wie die früheren und 2., daß die von der französischen Regierung gegenüber Deutschland vorgeschlagenen wirtschaftlichen Maßnahmen einer ersten Prüfung standhalten könnten. Daraus ergebe sich auch der Beschluß, schon von morgen an die alliierten Sachverständigen zusammenzurufen, damit sie prüfen und wenn nötig, abändern, was von Frankreich vorgeschlagen wurde, bevor der Oberste Rat am 30. April zusammentrete.

Paris, 25. April.

Sowohl der diplomatische Mitarbeiter wie der Sonderberichterstatter der Chicago Tribune in Lympha berichten, daß die Unterredungen in Sythe zu keinem Abkommen und zu keinem Beschluß geführt haben. Die Teilnahme der Vereinigten Staaten an den nächsten Sitzungen des Obersten Rates wird in Paris als sicher angesehen, und zwar wird als Vertreter neben dem amerikanischen Botschafter in Paris auch der frühere Vertreter Amerikas in der Reparationskommission, Bogden, genannt.

Keine Entscheidung vor Dienstag

Brüssel, 24. April. (Havas.)

Louchet und Jaspar hatten Besprechungen über die durch die Haltung Deutschlands geschaffene Lage, die in den nächsten Tagen fortbauern werden. Jaspar wird nach London fahren, damit sich die Ansicht der belgischen Regierung mit der der englischen vollkommen deckt. Zahlreiche Fragen müssen erörtert und besprochen werden. Es ist wahrscheinlich, daß man vor Dienstag zu keiner Entscheidung gelangen wird. Eine neue Zusammenkunft der alliierten Regierungen ist schon jetzt vorzuziehen. Die Besprechungen zwischen Louchet und Jaspar haben wieder einmal das Einverständnis zwischen Frankreich und Belgien gezeigt.

Englischer Protest gegen Zwangsmahnahmen

Paris, 25. April.

Nach Berichten aus Sythe ist der Protest englischer Politiker gegen etwaige Zwangsmahnahmen, die gegen Deutschland ergriffen werden sollen, nicht nur von Asquith, Lord Robert Cecil und Barnes, sondern auch von Henderson, Clynnes und noch einigen anderen bekannten Politikern unterschrieben.

Die Abstimmung in Tirol

Jansbrud, 24. April.

Bei der Volksabstimmung haben von etwa 150 000 Stimmberechtigten ungefähr 90 Prozent ihre Stimme abgegeben, von denen mindestens 120-125 000 für den Anschluß an Deutschland gestimmt haben.

Ergebnisse: Jansbrud (Stadt) 3984 Stimmen mit Ja, 472 Stimmen mit Nein, 134 Stimmen unglücklich. Davon von auswärts Zugerechneten 214 Stimmen, von denen 2139 mit Ja, fünf mit Nein stimmten. Anzgrün 18332 Stimmen mit Ja, 135 mit Nein. Schwaz 10457 Stimmen mit Ja, 36 mit Nein. Imst 7899 Stimmen mit Ja, 71 mit Nein. Lannes 9684 Stimmen mit Ja, 242 mit Nein.

Jansbrud, 24. April.

Nach Nachrichten aus Bozen hat heute dort ein Zusammenstoß zwischen Faschisten und deutschen Bauern, die zur Messe nach Bozen gekommen waren, stattgefunden. Dabei wurde eine Person getötet und 43 verwundet, darunter acht schwer. In der Stadt herrscht große Unruhe. In Jansbrud wurden nach dieser Nachricht die Abendkonzerte in den Caféhäusern unterbrochen und die Versammlungen, die anlässlich der Volksabstimmung stattfanden, ausgesetzt. Es fanden auch Demonstrationen vor dem italienischen Konsulat statt, bei denen nationale Lieder gesungen wurden.

Die Tschechoslowakei und die Sanktionen

Aus Prag wird uns geschrieben:

Es ist begreiflich, daß der Entente ungemein viel daran liegen muß, daß die Sanktionen gegen Deutschland allgemein durchgeführt werden. Ganz besonders wichtig ist aber die Teilnahme der Nachbarstaaten Deutschlands, weil die Gefahr des Durchbruchs der ganzen Aktion sehr groß ist, wenn der Ring irgendwo eine Lücke aufweist. So ist auch an die Tschechoslowakei in ihrer doppelten Eigenschaft als Nachbarstaat Deutschlands und Bündnisstaat der Entente die Aufforderung ergangen, sich an dem Sanktionskrieg zu beteiligen.

Ihrer Wichtigkeit gemäß wurde die Frage von der breitesten Öffentlichkeit in sehr ausgiebiger Weise erörtert. Allgemein ist zu sagen, daß die tschechische Presse, mit Ausnahme der Linkssozialisten, für die Beteiligung an den Sanktionen eintritt, während sich die deutsche Presse ohne Unterschied der Parteirichtung energisch gegen die Teilnahme ausspricht. Die Haltung beider Gruppen ist nur zu verständlich. Der tschechoslowakische Staat ist entstanden aus der Gnade der siegreichen Entente. Die Nation, die den Vorteil aus der durch die Niederlage Deutschlands entstandenen weltpolitischen Konstellation zog, waren in diesem Staate die Tschechen. Es verbindet sie somit mit der Entente ein Gefühl der Dankbarkeit, das zweifelsohne über die Bedeutung einer moralischen Verpflichtung hinausgeht und auch — vielleicht nur insoweit — einen recht realen Untergrund hat. Daher die enge Anlehnung an den Ententeimperialismus, daher die Bereitwilligkeit, jeden Wunsch der Pariser Diktatoren sofort zu erfüllen. Die beiden Regierungsblätter, die tschechische „Československá Republika“ und die deutsche „Prager Presse“ machen unausgesetzte Stimmung für die Teilnahme an den Sanktionen, sie als „moralische Verpflichtung“ gegenüber der Entente bezeichnend. Das Blatt der einflussreichen Agrarpartei, der „Venkov“, erklärte, die Tschechoslowakei könne den Vertrag mit der Entente nicht „als Felsen Papier“ betrachten, ins gleiche Horn pfeifen die Blätter der übrigen bürgerlichen tschechischen Parteien, und sogar das rechtssozialistische „Pravo Lidu“ nimmt zu der Frage einen recht eigentümlichen Standpunkt ein. Gegen die Teilnahme an den Sanktionen trat es nämlich nicht auf, sondern beschränkte sich auf die Forderung, daß sie auf „verfassungsmäßigem Wege“ beraten werden müsse. Es sind einzig die linkssozialistischen Blätter, voran „Rude Pravo“ in Prag und die „Kopnost“ in Brünn, die entschieden gegen die Teilnahme auftreten.

Bei den Deutschen ist selbstverständlich die Haltung eine gegebene. Von den bürgerlichen Parteien werden die Sanktionen aus nationalen Gründen abgelehnt, von den Sozialdemokraten zunächst prinzipiell, ebenso sehr aber infolge der ungeheuren wirtschaftlichen Nachwirkungen, die die Teilnahme nach sich ziehen müßte.

Das Parlament kam bisher nicht dazu, sich mit der Sache zu beschäftigen, weil es derzeit in Ferien weilt, dagegen fand im Auswärtigen Ausschuss eine ausgiebige Aussprache statt, in deren Verlauf Außenminister Beneš Erklärungen abgab, die eigentlich noch weniger als nichts besagten. Sie äpfelten darin, er könne heute noch nicht sagen, was die Tschechoslowakei tun werde, die Regierung müsse bei der Frage die Gefühle aller Nationalitäten sowie die wirtschaftlichen Interessen der Gesamtheit und die außenpolitische Lage berücksichtigen. Das ist schön gesagt, doch drängt wirklich die Zeit zu sehr, als daß man noch allzu lange warten könnte, bis sich die Regierung in diesem oder jenem Sinne entschlossen hat. In der Debatte wandte sich zunächst der tschechische Linkssozialist Skalák mit aller Schärfe gegen jede Teilnahme und warnte die Regierung vor einer Tat, die eine Störung des wirtschaftlichen Lebens in einem bisher ungeahnten Umfang hervorzurufen könne. „Wir fordern von Deutschland nichts und werden auch gegen Deutschlands nichts unternehmen.“ Der Sprecher der deutschen Sozialdemokraten, Genosse Dr. Czech, befaßte sich sodann in ausführlicher Weise mit dem Fragenkomplex. Das ganze Wirtschaftsleben der Tschechoslowakei werde

durch die Teilnahme auf den Kopf gestellt, und da sei es notwendig, ein klares Wort zu sprechen, damit eine Stabilisierung der Verhältnisse eintreten könne. 50 Prozent des gesamten Außenhandels der Tschechoslowakei entfallen auf Deutschland, so daß ein Wirtschaftskrieg in erster Linie das Land selbst treffen müßte. Die Sanktionen würden eine Teuerungswelle auslösen, man müsse sich über diese Wirkungen im Klaren sein und deshalb sei zum mindesten das Parlament sogleich zur Beratung der Frage einzuberufen. Der Redner stellte zwei Anträge, in denen jede Beteiligung der Tschechoslowakei an wirtschaftlichen und eventuellen militärischen Strafmaßnahmen der Entente gegenüber Deutschland abgelehnt und ausgesprochen wird, daß jede Entscheidung über diese Frage nur auf parlamentarischem Wege erfolgen dürfe.

Die Anträge wurden mit Hilfe der tschechischen Parteien einschließlich der Rechtssozialisten abgelehnt, und nur ein Antrag angenommen, der die Beschaffung auf „verfassungsmäßigem Wege“ fordert. Es beginnt indessen in den letzten Tagen auch bei den Tschechen etwas zu dümmern. Speziell die wirtschaftlich denkenden Kreise sehen immer mehr ein, daß die Teilnahme an den Sanktionen ein Unglück für das ganze Wirtschaftsleben des Staates bilden würde, und es sind besonders die beiden etwas auf linker Seite stehenden tschechischen bürgerlichen Blätter „Tribuna“ und „Cas“, die ihre Spalten auch Stimmen erteilen, die sich gegen die Sanktionen aussprechen. Ein paar Zahlen sprechen hier deutlicher als lange Worte. Der Anteil Großbritanniens am Export der Tschechoslowakei betrug nach den letzten Veröffentlichungen 0,3 Prozent, jener Frankreichs schwankte infolge der Zuderlieferungen, die nicht konstant sind und vielleicht auch aufhören werden, zwischen 3,8 und 6,1 Prozent, während nach Deutschland fast 50 Prozent der gesamten Ausfuhr gehen. Dabei ist Deutschland Lieferant einer Reihe unentbehrlicher Rohprodukte für die Tschechoslowakei. Die Zuderindustrie braucht dringend den deutschen Rübenlamen, die Glasindustrie den sächsischen Sand, die Porzellanindustrie Feldspat und Gips, die chemische Industrie Salz, die Zuderfabriken ebenso dringend die oder- und niederschleifische Steinkohle, die im Kompensationswege für die nordböhmische Braunkohle, die wieder in der sächsischen Industrie Verwendung findet, hereinkommt. Die Einstellung dieser Braunkohlexporte müßte ebenfalls eine Katastrophe für die Tschechoslowakei bedeuten, weil heute bereits Tausende von Bergarbeitern aus den Braunkohlegebieten entlassen sind, so daß die Krise eine angebliche Verschärfung erfahren würde. Und was neben diesen wirtschaftlichen Fragen das Wichtigste ist: nach langen Bemühungen gelang es endlich, mit Deutschland in ein vertragliches Handelsverhältnis zu kommen und schon sollen die freundschaftlichen Beziehungen wieder durch einen Schritt getrübt und vergiftet werden, der nicht im Geringsten im Interesse der Tschechoslowakei gelegen ist.

Wer ist Rakosi?

Ein Beitrag zur Naturgeschichte der „Turkstaner“

Ein ungarischer Genosse schreibt uns:

In der Broschüre von Paul Levi ist auch von einem ungarischen Kommunisten, namens Rakosi die Rede, der als der Bevollmächtigte des Moskauer Exekutivkomitees nach Italien fuhr, um die Spaltung der Partei herbeizuführen. „Sozialverräter“ wie Serrati und Grünhabel des proletarischen Klassenkampfes wie Turati aus der Partei der kämpfenden Arbeiterklasse herauszuwerfen, und der auch in Deutschland die Aufgabe übernahm Klara Zetkin und anderen Belehungsbedürftigen beizubringen, was proletarischer Klassenkampf und Revolution ist.

Allerdings ist der „Turkstaner“ Rakosi ein großer Sachverständiger in allen diesen Dingen. Er dürfte die 30 Jahre noch kaum überschritten haben, heißt Mathias Rakosi, war Privatbeamter, der vor seiner russischen Gefangenschaft niemals etwas mit Arbeiterbewegung oder Sozialismus zu tun hatte, nach dem Ausbruch der Revolution mit Bela Kun nach Ungarn kam und nach Errichtung der Räteregierung in Ungarn zum Volkskommissar für soziale Produktion ernannt

wurde. Seine erste Amtshandlung war, daß er am Tage der Proklamierung der Diktatur alle Geschäfte in Ruhezustand unter Androhung der Todesstrafe schließen ließ und damit den ersten Anstoß zu einer immer mehr umschweifenden Unzufriedenheit gab.

Nach einigen Tagen, als man die ungeheure Dummheit des Rakosi ein sah, warf man ihn aus dem Kommissariat für soziale Produktion hinaus und schickte ihn zur Armee als politischer Kommissar. Er kam nach dem großen Bergwerk Salgó-Tarján, das damals von den tschechischen Truppen schwer bedrängt wurde. Bei einem Ausbruch ließ Mathias Rakosi in die zurückweichenden Bergarbeitertrupps hineinfluchen, wie während die verschiedentlichen Erzherrzöge. Die empörten Bergarbeiter rühten darauf ab, forderten die sofortige Abberufung des tapferen Rakosi und drohten, bei Nichterfüllung ihrer Forderung mit einem Streik. Sie setzten auch ihren Willen durch und so gelangte Mathias Rakosi zu den Revolutionstrichtern, wo ihn der Sturz der Diktatur traf.

Nun taucht der Brave als oberster Schlichter über Kämpfer auf, die Jahrzehnte ihres Lebens der proletarischen Sache gewidmet haben. Alle, die den Burschen kennen, mühten darob lachen, wenn dieser Vorfall, der die inneren Verhältnisse der Moskauer Internationale grell beleuchtet, nicht so verhängnisvoll für die revolutionäre Arbeiterbewegung Westeuropas sein würde.

Die Schnellfeuerjäger

Vor dem Hamburger Ausnahmegericht wurde am Sonnabend der Prozeß gegen die Geschlechter Kommunisten zu Ende geführt. Die Angeklagten hatten sich im Zusammenhang mit den Unruhen in Hamburg in Gesellschaft, einem Führer an der Unterseite, bewaffnet. Die Anklage lautet auf Landfriedensbruch und schweren Aufruhr. Urteil: F i h e r 3 Jahre 3 Monate Zuchthaus, K o m m o h 2 Jahre 3 Monate Zuchthaus, F m e i e h 1 2 Jahre Zuchthaus. 39 weitere Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von 3 Monaten bis zu 2 Jahren verurteilt. Ingesamt hat das Hamburger Ausnahmegericht also an einem Tage 7 Jahre 8 Monate Zuchthaus und 38 Jahre 3 Monate Gefängnisstrafen ausgesprochen.

Vor dem Ausnahmegericht in Halle hatten sich die Dreier Hans Schaal und Alfred Kreh, die als Mitglieder eines Spenglermandos den Bahndörper zwischen Scherpen und Eisdorf gepörrt haben sollen, zu verantworten. Urteil: S c h a a l 2 Jahre, K r e h 1 Jahr Zuchthaus und je 5 Jahre Ehrverlust. Die Angeklagten befaßten sich vor Gericht durch beiderseitige Beschuldigungen. Der Krankenschwefelkonkurrenz Richard Lam m aus Bitterfeld wurde zu anderthalb Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er sich am Rathaussturm in Bitterfeld beteiligt haben soll.

In Halle war während des mitteldeutschen Bußjahres eine angebliche kommunistische Kampfsentrale“ ausgehoben worden. Zwei Kommunisten sollen dabei auf der Flucht erschossen worden sein. Die übrigen verhafteten Personen, darunter einige Stenotypisten, fanden am Sonnabend vor dem Ausnahmegericht. Die Öffentlichkeit wurde ausgeschlossen, weil dadurch die Sicherheit des Staates schwer gefährdet werden könnte. Das Gericht hat anscheinend Angst, daß bei dem Prozeß die Tätigkeit der Spindel entlarvt werden könnte. Darum umgibt es sich mit einem dicken Wall, die Wahrheit scheint ihm gefährlicher zu sein als die Taten der Kommunisten.

Neue Verhaftungen in Halle

Der halleischen Polizei soll es gelungen sein, die Zentrale etlicher neuen kommunistischen Organisation auszuheben. Der Leiter, ein gewisser Ewert, aus Berlin, wurde verhaftet. Es wurde zahlreiches Aktenmaterial beschlagnahmt. Für die Spindel sind jetzt herrliche Zeiten angedroht. So gut hat sich der unsaubere Beruf noch nicht bezahlt gemacht.

Monarchistische Hochkonjunktur

Im „Berliner Tageblatt“ vom Sonntag, den 24. April, befindet sich folgendes Inserat:

Je 30 000 Stück Armblinden, Schwarzweißrot und Schwarzweiß, sowie einfarbig weiß, luche ich zu kaufen. Bemerkenswertes Spielangebot mit je zwei Mustern erbittet Heinrich Timm, Berlin C. 10, Wallstr. 23/24. Erste Berliner Abzeichen- und Fahnenfabrik.

Da ist anscheinend ein neuer monarchistisch-weißgardistischer Kummel in Vorbereitung begriffen. Die Herren, die sich dazu hergeben, brauchen nicht durch Inserat gesucht zu werden. Es gibt in Deutschland viel von dieser Sorte.

Frühling und Kinderspiel

Mit dem anbrechenden Frühling kommt für die Kinder wieder die Zeit, da sie mit rechter Lust im Freien spielen können, und auf Straßen, Plätzen, Wiesen, Feldern sieht man die Jugend die uralten Spiele spielen, die schon vor Jahrtausenden den Leutz der Kinder verschönten.

Die Wissenschaft hat aus dem Kinderspiel eine sehr ernste Sache gemacht, indem sie wichtige mythologische und volkstümliche Beziehungen aus ihnen herauslesen wollte. Man fand nicht nur in den Keimen und Keigen der Kleinen Elemente der germanischen Urpoesie, sondern wollte in ihnen auch Heberbleibsel indogermanischer Dämonenglaubens, vorgegeschichtlicher Begräbniszeremonien usw. erblicken. Neuerdings ist man aber mit diesem „Hineingeheimnissen“ mythologischer Anschauungen in das Kinderspiel vorrückiger geworden. Man betont die schöpferische Kraft des Kindes, die aus sich heraus Urformen der Menschheit neu gebärt, und hat festgestellt, daß manche Lieder und Spiele, in denen man Beziehungen zur fernsten Vergangenheit annahm, von den Kleinen ganz aus sich heraus neu gebildet worden sind. Das Kind steht eben der Umwelt so naiv und urmächtig gegenüber wie der primitive Mensch der Vorwelt und gestaltet aus seiner Lebenskraft und Lebensfreude ähnliche Formen. Dabei soll nicht geleugnet werden, daß alte Volkstänze und Gesellschaftsspiele, altgermanische Rhythmi und mittelalterliche Totentänze in der Welt der Jugend Heimatrecht gefunden haben und daß alte geschichtliche Anspielungen im Kinderreich vorkommen. Noch immer singt man von den Schweden und Napoleon, wie andererseits der bewegliche Geist der Kinder in seinen Sprüchen auch schon den Weltkrieg und den Bolschewismus behandelt hat. Im wesentlichen jedoch wird die Frühlingsluft das Kind stets wieder von neuem zu denselben alten Spielen anregen, und dieser naturgemäße Zusammenhang mit der Vergangenheit läßt den Kleinen ihr Kreisel- und Reifenspielen nicht minder neu und aus dem Erlebnis des Augenblicks geboren erscheinen.

Wie die Großen, so beginnen auch die Kinder schon von altersher die Ankunft des Frühlings mit manigfachen Festen und Spielen. Frühlingsumzüge der Kinder sind aus dem alten Griechenlands überliefert, und auch hier schon ist Segenswunsch und Verheilung von Fruchtbarkeit mit dem Heischen um eine Gabe verbunden. Im Mittelalter wird das Weihenfest gefeiert, in dem die Kinder ausziehen, um die ersten Weihen zu suchen, und der glückliche Finder gepriesen wird. Eben so erzählt uns z. B. das mittelhochdeutsche Gedicht vom „Wilden Alexander“, vom Seerensuchen der Kleinen, von Tanz und Sang um das junge Grün der Maikinde usw. Wolfram von Eschenbach schildert im „Parzival“ die Lieben

Kleinen, die auf Blättern blasen und die Birken anbohren, um den Saft zu trinken. Man kränzt sich mit Blumen und freut sich an Blumenoraceln, am Halmziehen und ähnlichen Belüchen. Auch die wiederkehrenden Biegel sind der Kinder Lust, und vom Spiel der Kinder mit dem Rudak erzählt schon Konrad v. Regenberg im 14. Jahrhundert, wenn er schreibt: „Der verändert seine Stimm nicht; er singt nur Rudak, Rudak, darum spielen sie die Kinder.“

Das bunte Leben und Treiben der spielenden Kinder in der hellen Frühlingssonne wird heute nicht sehr viel anders sein als es schon vor Jahrtausenden war. Die römischen und griechischen Vuden spielten bereits gern mit Reifeln, und zwar waren kleine Glöckchen angehängt, so daß sie beim Herumdrehen klirrten. Daselbst erzählt Sallust von Kaisersberg von den Kindern des Mittelalters. Bekannt war bei den Griechen auch schon die Schaukel, von deren Lustbarkeit wir so viel aus den Liedern der Minnesingerzeit erfahren. Ein uraltes Spielzeug ist der Kreisel. Man hat löcherne Kreisel bereits in vorgegeschichtlichen Gräbern gefunden, und die Kreisel, die sich bei antiken Ausgrabungen fanden, haben genau dieselbe Form, wie sie noch heute bei den Chinesen üblich ist. Die älteren deutschen Dichter nennen den Kreisel „Topf“, der mit der Geißel geschlagen wird. „Hier ist die Geißel, dort der Topf, pünkt's dem Kinde, ihn zu treiben,“ singt Wolfram von Eschenbach. Von dem Kloster Bang in Oberfranken wird erzählt, daß es 1096 die Gräfin Albrade stifte, nachdem ihr Sohn beim Kreiselspielen ertrunken war. Ebenso ehrwürdige Spielzeuge, die im Frühling noch heute von den Kindern hervorgeholt werden, sind die Wurmelin und Röhrl. In einer Handschrift des 15. Jahrhunderts wird das gelbe Bleiglas erwähnt, das man den „gelben Kugeln“ zusetzt, „da die Kinder mit spielen“. Die Knöchelspielerin ist eins der berühmtesten griechischen Bildwerke, und in dem altheutschen Gedicht vom „Häselstein“ zählt ein kleines Mädchen als ihren größten Schatz „zehn Biffelsteine“ auf, mit denen sie spielt. Nicht minder alt ist das Ballspiel, das im Mittelalter nicht nur die Kleinen, sondern auch die Großen und sogar die Mönche mit Eifer betrieben. Ein Ballspiel war ursprünglich auch der Plumpjuck, den ein an einer Schnur befestigter Ball darstellte. In den Gassen des Klosters Reichenau aus dem 13. Jahrhundert wird dieses Plumpjuckspiel unter dem Namen „Gustull“ traf ich dich“ erwähnt. Ebenso war das „Talerwandern“ ein Ballspiel, wobei statt des Talers ein Ball von Hand zu Hand ging. Blindfuß, das die Griechen Blindmücke nannten, wird bereits von Otfried in seinem altheutschen Epos genannt. Die ausführlichste Darstellung der alten Kinderspiele, unter denen wir viele Bekannte finden, gibt Hiltart in einem Kapitel seines „Gargantua“, und das anschaulichste Bild germanischer Kinderlust bietet Pieter Breughels großes Gemälde in Wien, das durch die Fülle der Spielarten fast verwirrt,

Die pädagogischen Arbeitsgemeinschaften der Volkshochschule Groß-Berlin wollen ihre Mitglieder befähigen, an der Lösung der großen erzieherischen Fragen der Gegenwart produktiv mitzuarbeiten und allmählich eine Gemeinschaft von Menschen bilden, die in Zukunft zu Trägern der Erziehungspolitik der Gemeinde werden können. Wir glauben insbesondere die Elternbetriebe auf die Bedeutung dieser Arbeitsgemeinschaften hinweisen zu müssen. Auf folgende Vorträge sei aufmerksam gemacht: In der Arbeitsstätte des Südens (Friedrich-Realgymnasium, Mittenwolder Str. 34-37) werden die sozialpädagogischen und sozialphilosophischen Ideen Rousseaus im Vergleich zu den Problemen der Gegenwart unter Leitung von Dr. Else Hildebrandt behandelt. Zwei Führungen nach einer Gemeindegemeinschaft und nach einem Kindergarten sind geplant. (Donnerstags von 7 bis 8½ Uhr, Beginn 23. April.) — In Schöneberg bespricht H. R. Grundwald „Probleme der Erziehung und des Unterrichts“ (Hohenzollern-Schule, Besigter Str. 48-52, Mittwoch von 7 bis 8½ Uhr, Beginn 27. April.) — Im Luisenstädtischen Gymnasium, Gieselerstr. 49, behandelt Dr. R. Reischer „Kritik des Sozialpädagogik“ (Mittwoch von 7-8½ Uhr, Beginn 27. April) und im Schiller-Realgymnasium, Schillerstr. 26, Rektor W. Staar „Erziehungsfehler in der frühen Kindheit, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung“ (Donnerstag von 8½ bis 10 Uhr, Beginn 28. April.)

Kunstausstellungen im Berliner Norden. Eine kleine Gruppe von Künstlern, die im Norden Berlins und in den nördlichen Vororten ansässig sind, hat sich zusammengeschlossen, um in der nördlichen, näheren und weiteren Umgebung Berlins kleine Ausstellungen zu veranstalten. Da können die Besucher die Schwierigkeiten und Kosten einer Bahnfahrt sparen. Nicht zuletzt ist es aber die Absicht, das ungeübte Auge der in ländlicher Abgeschlossenheit Lebenden auf den Wert erstgenannter, künstlerischer Arbeit hinzuweisen, im Gegensatz zu den Kunstläden, in denen Unternehmern fabrikmäßig hergestellte Waren dem Publikum als „Kunstzeugnisse“ anzufragen. Die in der Nähe gelegenen Schulen, sollen dann die Ausstellungen besichtigen. Die erste findet in Frohnau vom 1. bis 16. Mai im Direktionsgebäude am Bahnhof statt und soll Gemälde, Plastik, Graphik und Kunstgewerbe zeigen.

Ein neues Realistisches Filmunternehmen. Der Freistaat Hessen beteiligt sich mit der Stadtgemeinde Darmstadt und der Provinz Startenburg an einem neuen Filmunternehmen als Aktionär. Die Gesellschaft führt die Firma Blafilm A.-G. und ist eine Berliner Gründung mit Hugo Larjen als künstlerischem Leiter an der Spitze. Die Gesellschaft wurde mit einem vorläufigen Kapital von 500 000 M. gegründet, dessen Erhöhung sich jedoch nach der Beteiligung der hessischen Regierung usw. kaum umgehen lassen wird. Durch die Verbindung mit dem hessischen Staat erwachsen der Gesellschaft große Vorteile. Zunächst ist ihr die Flugzeughalle in Darmstadt mit anschließendem achtzig Morgen großem Gelände in unmittelbarer Nähe des früheren großherzoglichen Wildparks zur Verfügung gestellt worden. Ferner werden ihr nach berühmtem Muster die früheren großherzoglichen Schlösser für Filmaufnahmen überlassen werden. Vor allem aber ist ein enges Zusammenarbeiten mit dem Darmstädter Staat

